



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/231 - 12.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---------------------------------------|------|
| Zur Wehrmacht - Diskussion | S. 1 |
| Nach dem konservativen Parteikongress | S. 3 |
| Nochmals: Zur Kieler Regierungskrise | S. 5 |

Uniform und "Leitbild"

F-R. Seit der Unterzeichnung der Londoner Akte, des Ersatzabkommens der EWG, ist in einer Uniform über die kommenden westdeutschen Streitkräfte berichtet worden, der gewisse eine ungewöhnlich starken öffentlichen Interesse an sprach, aber, politisch gesehen, der Form nach oft wenig zweckmäßig war. Von Häufungen Ungenauigkeiten und Widersprüchen bei der Mitteilung von angeblichen Tatsachen abgesehen, musste vielleicht der Eindruck entstehen, als habe die Bevölkerung in Westdeutschland keine andere Sehnsucht, als die jungen Männer der entsprechenden Jahrgänge und auch die Älteren mit der Bewahrung der militärischen Vergangenheit und Befahrung wieder in Uniform zu sehen.

Das ist aber ein gänzlich abwegiger und auch schädlicher Eindruck. Viel zu wenig ist der wirklich vorherrschenden Vorstellung in weitesten Kreisen Rechnung getragen worden, dass ein Wehrbeitrag mit allen seinen Begleiterscheinungen nichts anderes sein könnte als ein Übel, wobei in dieser Sache nicht die Frage nach seiner Notwendigkeit vor nicht bestritten werden soll. Inwiefern sich in den letzten Jahren authentische Mitteilungen und Interpretationen gegeben werden, wohl will man einsehen, dass man der Flut von falschen Wahrheiten und Fehldarstellungen begegnen müsse.

Grosse Überraschungen sind wohl nicht zu erwarten, wenn auch manche Expertenfeststellung zu militärtechnischen Fragen auf Skepsis oder Unverständnis stoßen mögen. So hat man in manchen Punkten, wie z.B. bei der Bild von den Möglichkeiten und Grenzen der künftigen

Rüstungswirtschaft, in der Frage der Bestimmung der Truppenkontingente durch NATO bzw. SHAPE oder bei Bemerkungen über die Entstehung eines neuen Generalstabes - diese drei Punkte nur beispielhaft genannt - den Eindruck einer zweckbestimmten Darstellung. Immerhin wird zugegeben, dass noch sehr viel ungeklärt sei.

Nur wenig war in diesen Mitteilungen an die Öffentlichkeit vom sogenannten inneren Gefüge kommandier westdeutscher Streitkräfte die Rede obwohl das Thema seit Längem in aller Breite erörtert wird. In der Dienststelle Blank bestehen, wie man weiss, bestimmte, nicht uneingeschränkt gebilligte Vorstellungen auf diesem Gebiet in Form eines "Leitbildes", das man sich vom "Staatsbürger in Uniform" macht. Dazu gehören eine sehr viel stärkere Übertragung von persönlicher Verantwortung an den einzelnen, eine Verlagerung des Schwergewichte vom oft unverständenen Befehl auf engere Zusammenarbeit und Partnerschaft auch in Umgang zwischen dem einzelnen Mann und seinem Vorgesetzten, eine grössere Sicherung gegen Übergriffe und Willkür und viel anderes mehr. Dieses Leitbild - von der Idee her im Rahmen der gegenwärtig gegebenen politischen Situation leichter zu verwirklichen als innerhalb der EVG - ist in der staatsbürgerlich-sittlichen Überlegenheit gegenüber dem früheren Stil unbesritten, nicht aber in seiner Realisierbarkeit und vor allem in seiner militärischen Zweckmässigkeit. Aber mit vollem Recht wird in dieser Zusammenhang von sehr massgebender Seite daran erinnert, dass auch die Schwarzhorstache Heeresreform im gleichen Sinne und in der gleichen Tendenz gegenüber dem bis dahin herrschenden pädagogischen Stil den meisten Kritikern zunächst mit den oben erwähnten Nachteilen behaftet erschien, ohne dass die spätere Wirklichkeit dies bestätigt. Das letzte Wort muss und wird auch in dieser Frage natürlich der Gesetzgeber haben.

Sicher wäre es zweckmässig und notwendig, wenn an einer so überraschend wichtigen Entscheidung, wie die über das innere Gefüge künftiger deutscher Streitkräfte darstellt, alle verantwortungsbewussten Kreise mitwirken würden. Gerade wenn das künftige Bild anders aussehen soll als das in der Vergangenheit, wird es unerlässlich sein, so zu verfahren. Erst die resignierende Furcht vor seiner Wiederkehr gibt dem "militärischen Obrigkeitsstaat" seine eigentliche Gefahr - wenn es schon einmal zur Aufstellung von Streitkräften in Westdeutschland kommen sollte

Blackpool ohne Sensationen

E.A.London

Der konservative Parteikongress in Blackpool ist ohne politische Sensationen vorübergegangen. Das war nach der Weise, wie die Tories ihre Kongresse veranstalten, zu erwarten. Enttäuscht sind nur die vielen Berichtler, die diesmal eine Abkehr von dem üblichen Schema erwarteten - oder doch vorausgesagt hatten. Sie müssen nun ihre Voraussagen auf Churchills Abtritt, auf Ankündigung von Neuwahlen, Kabinettsumbildung und was ihnen sonst eingefallen war, auf den nächstmöglichen Termin verschieben.

In der aussenpolitischen Debatte wurden einige der strittigsten Punkte der britischen Aussenpolitik nicht einmal berührt, sogar Eden erwähnte weder Formosa noch Zypern, obwohl im ganzen Lande diese beiden Probleme neben der deutschen Wiederbewaffnung am häufigsten diskutiert werden. Mr. Eden verweilte naturgemäss am längsten bei den Ergebnissen der Londoner Konferenz. Er warnte vor den schicksalvollen Konsequenzen, die eintreten würden, falls das Übereinkommen nicht ratifiziert werde. Die letzten Vorschläge Molotows wurden von Eden kurzerhand als Verfolgung der alten Linie Moskaus in der Deutschlandpolitik abgetan. "Die Kommunisten", so erklärte er, "haben sich beständig geweigert, der deutschen Wiedervereinigung ausser zu Bedingungen zuzustimmen, die der kommunistischen Minderheit die Macht in die Hände gespielt hätten, den Staat von innen her zu erobern. Das ist der kommunistische Plan - und er ist unverändert da in den letzten Erklärungen Molotows."

Zum selben Thema erklärte Sir Winston am Sonnabend, dass er mit Eden fühle, dass die sowjetische Haltung bezüglich Deutschland und Österreich nicht ermutigend sei. Und Churchill bekräftigte ausdrücklich, dass die britische Politik "Frieden durch Stärke" bleibe. Nur noch ein schwacher Abgang seiner Forderung vom 11. Mai des Vorjahres, ein Verständnis mit Russland durch ein Spitzentreffen der grossen Drei herbeizuführen, klang durch als er versicherte, dass er auch fernor, solange er lebe und die Kraft habe, für die Hoffnung auf friedliche Ko-Existenz mit der russischen Nation arbeiten werde.

Auf innerpolitischem Gebiet kündigt Churchill an, dass die nächste parlamentarische Session sich mit einer Aufbesserung der Altersrenten beschäftigen werde. Der Wohnbauminister Macmillan versprach Erleichterungen für den Hauskauf und mehr Baugenehmigungen für Privatwohnungsbau. Schatzkanzler Butler stellte der Jugend eine Verdoppelung des jetzigen

12.10.1954

Lebensstandards innerhalb der nächsten 25 Jahre in Aussicht und prägte das neue konservative Schlagwort: "Invest in success" - in Erfolg investieren. Das mag die Slogansrolle der Tories werden, falls, wie aus den Ausführungen des Parteivorsitzenden Lord Woolton hervorgeht, die Partei sich auf Parlamentswahlen im nächsten Herbst rüstet. Lord Woolton, der Mann, der den Parteiapparat beherrscht, erlaubte es sich bei der offiziellen Begrüßung des Kongresses auch, auf den Vorwurf von zuviel Selbstlobigkeit einzugehen. Er meinte: Ein bisschen Schmeichelei ist manchmal recht ermutigend. Schmeichelei ist ungefähr wie Zigarettenrauchen: es schadet nichts wenn man nicht inhaliert".

Diese ganze Atmosphäre von Selbstgefälligkeit wäre dem unverständlich, der die Tradition der konservativen Parteikongresse nicht kennt. Der Parteitag legt keine politischen Richtlinien fest, er bestätigt nur die vom Zentralrat der konservativen Partei festgelegte Politik. Die Führer sind vor innerparteilicher Kritik geschützt, sie sind keinem Kongress verantwortlich, sondern führen die Weisungen des Zentralrates - und des Parteiführers Sir Winston aus. Zum Parteikongress kommen ja auch nicht gewählte Delegierte, jeder konservative Verein kann soziale Vertreter schicken, wie sie selbst finanzieren können. In diesem Jahre waren 4100 - und da fast jeder "Delegierte" auch seine Frau und Familie mitbringt, kamen rund zehntausend Menschen zu der abschließenden Versammlung, die Churchill's Schlussrede anhört. So haben es die Konservativen leicht, wenn sie gestützt in ihrem Selbstvertrauen wieder nach Hause kommen, auf die Einigkeit in eigenen Lager zu verweisen - und die Unähnlichkeit sozialistischer, die sich auf den Lebensunternehmern in heftigen Diskussionen und klappen Abstimmungen äußert habe.

In Kiel: Zusammenarbeit mit Vorbehalt

s. Im schleswig-holsteinischen Landtag ist am Montag ein neuer Ministerpräsident bestellt worden. Er gehört ebenfalls der CDU an. Die SPD bedauert diesen Wechsel. Kontinuität gerade in dieser Position stärken das Ansehen des Parlaments in jedem Lande. Karl Ratz, der bisherige sozialdemokratische Präsident, hatte dieses Amt seit 1946 inne und war allgemein als sachlicher Verwalter der Rechte des Parlaments und der Abgeordneten geschätzt. Politische Beobachter hatten in Kiel für die Wahl eines neuen Präsidenten übereinstimmend wenig Verständnis.

Man muss in der Wahl des neuen Präsidenten eine Absage der jetzt beständigen Koalition an die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten erkennen. Darauf wäre es angekommen: zu beweisen, dass man wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Zonengrenzlandes versuchen will, gemeinsam an der Verbesserung der Verhältnisse im Lande zu arbeiten. In vielen kleinen Parlamenten der Kreise, Städte und Gemeinden wird solche sachliche Arbeit geleistet, - dieses Master hätte man auf das Zusammenwirken von Opposition und Regierung auch im Kieler Landeshaus übertragen können.

Nach seiner Neuwahl und der Brückierung der Opposition hat der neue Ministerpräsident an die SPD appelliert, sachlich mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Zwar sind die Kieler Sozialdemokraten nicht kleinlich und werden diese Zusammenarbeit immer fördern. Aber sind nicht die beiden größten Fraktionen des Landtages gleich gross? Wäre es jetzt nicht um so gerechtfertigter gewesen, wenn die eine den Ministerpräsidenten stellt, dass man der anderen den Landtagspräsidenten einräumt? Das eigensinnig Durchsetzen eines parteipolitischen Anliegens, das sich über die parlamentarische Tradition im Kieler Landesparlament obendrein hinwegsetzt, macht es der SPD, auch gegenüber ihren Wählern schwer, ein aus geschlossenes Verhältnis zum neuen Ministerpräsidenten zu finden. Ihre Wähler, der grösste Wählerblock im Lande, sind ebenso zurückgesetzt worden.

Der neue Ministerpräsident, der sich ohnehin überwiegend auf das alte Landeskabinett stützt, hat angekündigt, dass er den "Lübke-Kurs" weiter verfolgen werde. Da er obendrein einer der engsten Mitarbeiter des alten Ministerpräsidenten gewesen ist, übertragen sich die Vorbehalte der Opposition gegen die Politik Lübkes solange auch auf das Kabinett von Hassel, bis sich erweist, dass es von Hassel vielleicht doch gelingt, die wirtschaftliche und soziale Lage Schleswig-Holsteins den übrigen Bundesländern anzugleichen. Dieses Ziel haben Regierung und Opposition in Kiel gemeinsam. Der Auftakt zur Zusammenarbeit war schlecht. Daran ist die CDU schuld. Dem Willen zur Zusammenarbeit haben die Sozialdemokraten dennoch, da die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes ein Zusammenstehen aller Parteien erfordert.

Die SPD hat allerdings kein Verständnis für die Brückierung bei der Präsidentenwahl. Bei weiteren Zurücksetzungen müsste sie ihre loyale Haltung gegenüber der neuen Landesregierung überprüfen.

Verantwortlich: Peter Rounau